

Positionspapier zum NATO-Gipfel am 3./4. April 2009

Der NATO-Gipfel am 03. und 04. April 2009 in Straßburg, Baden-Baden und Kehl steht im Zeichen des sechzigjährigen Bestehens des Bündnisses.

Der Blick zurück darf dabei aber den Blick nach vorne nicht verstellen. Die NATO hat nach dem Ende des Kalten Krieges eine neue Rolle noch nicht gefunden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg werden sich im Umfeld des Gipfels sowohl an der sicherheitspolitischen Debatte als auch an friedlichen Veranstaltungen zum Thema NATO konstruktiv und kritisch beteiligen. Gewaltbereite Demonstrationen und Aktionen lehnen wir entschieden ab.

1. Rolle der NATO

Nach dem Ende der Block-Konfrontation muss die NATO ihre Aufgaben endlich neu ausrichten. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht fest: Eine zukunftsfähige Sicherheitspolitik kann nur auf Basis des Völkerrechts und unter dem Mantel der Vereinten Nationen stattfinden.

Die NATO als hoch gerüstetes Militärbündnis hat nach dem Verschwinden des Warschauer Pakts keine vernünftige Aufgabenstellung. Die heutigen sicherheitspolitischen Herausforderungen sind nicht mit militärischem Arsenal zu bewältigen. Deshalb beteiligen wir uns aktiv an der Debatte über die Reform des Bündnisses.

Eine reformierte NATO kann aber künftig eine wichtige Rolle spielen, denn eine positive Ausgestaltung der transatlantischen Gemeinschaft ist im elementaren Interesse europäischer Politik. Unser Ziel ist ein kernwaffenfreies Europa. Dabei wäre eine reformierte NATO neben der ESVP Garant der gemeinsamen Sicherheit Europas und institutionelle Klammer für die transatlantische Sicherheitskooperation. Zudem kann die NATO als Staatenbündnis einer Re-Nationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirken. Dagegen lehnen wir den Ausbau der NATO zu einem „Bündnis der Demokratien“ als Konkurrenzorganisation der Vereinten Nationen ab. Sie muss sich als Teil einer multilateralen Sicherheitsarchitektur verstehen, die auf dem Prinzip gemeinsamer Sicherheit beruht und militärische Einsätze an ein Mandat des UN-Sicherheitsrats bindet.

Wir fordern, dass die NATO eine Vorreiterrolle für Abrüstung und Rüstungskontrolle übernehmen muss. Der Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen wäre ein richtiger und wichtiger erster Schritt. Unser Ziel ist ein kernwaffenfreies Europa. Alle NATO-Staaten, allen voran die USA, müssen sich hieran beteiligen. Wir erwarten hierzu vom neuen US-Präsidenten Obama bei seinem ersten Europa-Besuch anlässlich des Gipfels eine klare Positionierung. Angesichts der ersten Signale in Bezug auf Abrüstung und dem nuklearen US-Arsenal erhoffen wir uns von diesem Gipfel in dieser Hinsicht eine deutliche Weichenstellung. Als „Werkzeugkasten“ für amerikanische Militärpolitik hat die NATO keine Zukunft. Von diesem neuen Verständnis ihrer Rolle hängt auch ab, ob die NATO auch über Afghanistan hinaus eine Zukunft als Dienstleister im Rahmen von Auftragsoperationen der Vereinten Nationen hat.

2. Innenpolitischer Aktionismus beschädigt die Bürgerrechte

Der NATO-Gipfel wird vom größten Polizeieinsatz in der Geschichte Baden-Württembergs begleitet werden. Über 14.000 Polizisten sollen im Einsatz sein, 8.000 davon aus anderen Bundesländern. Zusätzlich werden größere Kontingente aus Bundeswehr, THW und Katastrophenschutzverbände eingesetzt. Die Kosten für den Einsatz werden auf mindestens 50 Millionen Euro mit stark steigender Tendenz beziffert. Wir kritisieren, dass diese Kosten von den BürgerInnen Baden-Württembergs allein aufgebracht werden sollen. Wir fordern, dass der Bund sich an den Kosten angemessen beteiligt.

Wir sehen zudem mit Befremdung, dass im Rahmen der Sicherheitsmaßnahmen massiv in Grundrechte und in die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger in der Großregion Baden-Baden – Kehl / Straßburg eingegriffen werden soll. Erhebliche Einschränkungen von Grundrechten, groß angelegte Sperrzonen und tagelange Begrenzungen der Bewegungsfreiheit in einer ganzen Region halten wir für inakzeptabel. Wir fordern, dass diese Einschränkungen auf ein Minimum begrenzt werden. Der Schutz der Staats- und Regierungschefs und der TeilnehmerInnen des NATO-Gipfels muss gewährleistet sein.

Aber das im Vorfeld des Gipfels insbesondere vom baden-württembergischen Innenminister veranstaltete Säbelrasseln ist politisch absurd. Die geplanten Maßnahmen gegen angekündigte Demonstrationen, insbesondere gegen Protestcamps, wie die Präsentation groß angelegter „Gefangenen-Sammelstellen“ u.ä. halten wir für völlig unverhältnismäßig.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit sind tragende Säulen unseres Demokratieverständnisses. Die derzeitigen Einschüchterungs-Versuche haben das Ziel, den NATO-Gipfel möglichst frei von „störenden“ Meinungsäußerungen zu halten. Das ist weder für Deutschland noch für einen der anderen NATO-Staaten angemessen. Die schwarz-gelbe Landesregierung wäre gut beraten, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren.

Wir wenden uns auch dagegen, die baden-württembergische Polizei zum wiederholten Male in die Rolle des Prügelknaben zu drängen. Das geplante Szenarium trägt derart absurde Züge, dass die Polizeigewerkschaften sich bereits gezwungen sehen, die Absage des Bundesligaspieltags und der Spiele der anderen Fußball-Ligen am 3.-5.4.2009 zu fordern, um eine maßlose Überforderung zu vermeiden.

Wir fordern von der Landesregierung daher in den nächsten Wochen eine Politik der Deeskalation, eine Mäßigung im Tonfall und die Aufnahme eines Dialogs mit den Veranstaltern von Demonstrationen, Kundgebungen und Protestcamps, um ein politisches Klima für einen friedlichen Verlauf des Gipfels und seiner Umfeldveranstaltungen zu schaffen.

3. Friedlicher Protest ist legitim und notwendig.

Wir begrüßen friedliche Proteste und kritische Auseinandersetzung mit der NATO und der internationalen Sicherheitspolitik. Auch die NATO als internationales Militärbündnis muss sich sachlicher und konstruktiver Kritik stellen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN distanzieren sich allerdings deutlich von allen gewaltbereiten Protesten, Veranstaltungen und entsprechenden Aufrufen. Der Anspruch für eine friedliche Welt zu demonstrieren muss sich unbedingt und vor allem in den eingesetzten Mitteln widerspiegeln!